

**Die 10
Kernforderungen
des BUND zur
Bundestagswahl**

**Umwelt.
Zukunft.
Wählen!**

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FREUNDE DER ERDE

1. Für eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung



Unsere Energieversorgung sicher und klimafreundlich machen – das heißt: erneuerbare Energien und Energieeffizienz fördern und Energiesparen belohnen. Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke und der Neubau von Kohlekraftwerken gefährden unsere Sicherheit und unser Klima. Deshalb brauchen wir ein klares Nein zu längeren Laufzeiten und zum Neubau von Kohlekraftwerken. Die nächste Bundesregierung muss gesetzliche Grundlagen und umfangreiche Förderprogramme für mehr Energieeffizienz verabschieden. Bis 2020 soll der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung auf über 30 Prozent steigen. Um die Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen, ist es notwendig, dass sich Deutschland verbindlich auf eine CO₂-Reduzierung von 40 Prozent bis 2020 verpflichtet.

2. Für mehr Mobilität mit weniger Verkehr



Auf Intelligenz statt Beton kommt es in der Verkehrspolitik an. Neue Straßen führen zu mehr Staus und Schadstoffen, mehr Lärm, Flächenverbrauch und Naturzerstörung. Intelligente Verkehrspolitik räumt Bus und Bahn Vorrang ein und sorgt dafür, dass mehr Güter auf die Schiene kommen. Weniger Autoverkehr, weniger Lärm und Schadstoffe, mehr Fahrradwege und Grünflächen und weniger Flächenverbrauch – eine solche Politik macht Städte lebenswerter und schützt vor der Zersiedelung unseres Landes.

Die Autoindustrie braucht verbindliche gesetzliche Vorgaben zur Senkung der CO₂-Emissionen neuer Pkw auf einen Durchschnittswert von unter 80 Gramm pro Kilometer bis 2020. Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen sorgt für mehr Sicherheit und Klimaschutz.

3. Für den Abbau umweltschädlicher Subventionen



4. Für zukunftsfähige Arbeitsplätze



Zahlreiche Subventionen schaden der Umwelt, reißen tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte und sind obendrein noch unsozial. Das muss sich dringend ändern. Der BUND fordert:

- die Steuerbegünstigung von Dienst- und Firmenwagen abzuschaffen,
- den Atombrennstoff Uran, Flugbenzin und Schiffstreibstoffe nicht länger von der Steuer zu befreien,
- die Pendlerpauschale, die Besserverdienende begünstigt und zur Zersiedelung und zu mehr Verkehr führt, durch eine sozial begründete Pendlerzulage zu ersetzen.
- für Großprojekte im Ausland, die zur Zerstörung der Natur beitragen, keine staatlichen Bürgschaften mehr zu übernehmen.

Rund 1,8 Millionen Menschen arbeiten im Bereich Umweltschutz. Bis 2020 werden noch einmal 120 000 neue Arbeitsplätze allein im Sektor der erneuerbaren Energien geschaffen. Umweltschutz ist ein Jobmotor. Aber mehr Jobs im Umweltschutz kommen nicht von selbst, sondern erfordern politisches Handeln – zum Beispiel Programme zur energetischen Gebäudesanierung und das längst überfällige Energieeffizienzgesetz. Die Förderung des ökologischen Landbaus schafft und sichert mehr Arbeitsplätze als die industrielle Massentierhaltung. Politik kann zur Bewältigung der Wirtschaftskrise beitragen, wenn sie dafür sorgt, dass naturverträgliche und ressourcenschonende Unternehmen und Dienstleistungen gefördert werden, anstatt überholte Strukturen zu subventionieren.

5. Für mehr Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher



Aufgabe der Politik ist es, die Verbraucherinnen vor Gesundheits- und anderen Gefahren zu schützen. Und nicht die Unternehmen vor den Verbrauchern – wie dies gegenwärtig allzu oft die Regel ist. Zu einem solchen Schutz gehören unter anderem: die gesetzlich garantierte Wahlfreiheit, auch weiterhin Lebensmittel ohne gentechnisch veränderte Bestandteile zu kaufen. Zur besseren Information der Verbraucherinnen muss das Siegel „Ohne Gentechnik“ eingeführt werden. Gefährliche Chemikalien wie Pestizide oder Weichmacher haben nichts in Lebensmitteln oder Alltagsprodukten wie Kosmetika und Spielzeug zu suchen. Sie müssen verboten werden. Die Risiken von Nanopartikeln sind weiter ungeklärt. Mindestens eine Kennzeichnungspflicht und eine verpflichtende Sicherheitsbewertung vor der Vermarktung sollte die VerbraucherInnen schützen.

6. Für eine nachhaltige Landwirtschaft



In der Landwirtschaftspolitik ist ein grundlegender Kurswechsel notwendig. Wir müssen wegkommen von der enormen Überproduktion von Milch und Fleisch. Diese Überproduktion nützt nur wenigen und schadet immens: der Natur, den Tieren, die in Massenanlagen gehalten werden, den SteuerzahlerInnen, die den Export der Überschüsse in die Märkte der Entwicklungsländer subventionieren, den Bauern in der Dritten Welt, deren Landwirtschaft durch diese Exporte zerstört wird. Nicht die industrielle Landwirtschaft, sondern der Ökolandbau, die naturverträgliche Landwirtschaft, die art- und klimagerechte Tierhaltung müssen gestärkt werden. Die Förderung von Agrarkonzernen muss abgeschafft werden. Eingeführt werden muss Transparenz, wer wofür Subventionen erhält.

*Liebe Leserin,
Lieber Leser,*

es heißt, wer die Wahl hat, hat die Qual. Die Bundestagswahl am 27. September bietet die Chance, zwischen Zukunft und Vergangenheit zu wählen.



Soll es zurück ins Atomzeitalter gehen? Sollen mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke unsere Sicherheit gefährdet und künftige Generationen mit noch mehr Atommüll belastet werden? Oder sollen erneuerbare Energien ausgebaut, Energieeffizienz gefördert und das Energiesparen belohnt werden? Soll der Klimaschutz wieder als Luxus gelten, auf den man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verzichten kann? Soll auf den Bau neuer Kohlekraftwerke oder auf eine klimafreundliche Energieversorgung gesetzt werden? Soll aus der Krise gelernt werden? Sollen unsere Lebensgrundlagen, Meere und Flüsse, Wälder und Felder, bewahrt und unser Klima geschützt werden?

Solche Entscheidungen stehen für viele Bereiche unseres Lebens zur Wahl: Die Entscheidung zwischen einer naturverträglichen Landwirtschaft und gesunden Lebensmitteln oder der Durchsetzung der Gentechnik.

Die Entscheidung zwischen einer Zukunft ohne Gift und dem unkontrollierten Einsatz von Chemie, der unsere Gesundheit und die Natur gefährdet.

Das Morgen ist mit Konzepten von gestern nicht zukunftsfähig zu gestalten. Deshalb bitte ich Sie: Prüfen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten und die Parteien kritisch, ob sie sich für Ökologie und den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher einsetzen wollen oder Umweltschutz als Wachstumsblockade diskreditieren. Ob sie vorausschauend auf umweltschonende Produkte und Produktionsverfahren setzen oder auf ein phantasieloses „Weiter so“ – mit der Konsequenz, dass Zukunftschancen verpasst, faire Wettbewerbschancen verschenkt werden.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen vor, worauf es aus der Sicht des BUND in den vier Jahren nach der Bundestagswahl ankommt.

Wenn Ihnen der Natur- und Umweltschutz wichtig ist, können diese 10 Punkte für den 27. September eine Entscheidungshilfe sein.

Ihr



*Prof. Dr. Hubert Weiger
BUND-Vorsitzender*

7. Für den Schutz der biologischen Vielfalt



Die Vielfalt unserer Natur ist bedroht. Viele Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume, zum Beispiel Hochmoore und Auenwälder, sind stark gefährdet. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die biologische Vielfalt zu erhalten. Doch Fakt ist: Das Artensterben geht weiter. Deshalb muss die nationale Biodiversitätsstrategie endlich konsequent umgesetzt werden.

Der BUND fordert ein Konjunkturprogramm Naturschutz in Höhe von mindestens 1,2 Milliarden Euro zur Sicherung der biologischen Vielfalt, das aus drei Teilen bestehen soll: einem Moorrenaturierungsprogramm, einem nationalen Auenprogramm und einem Programm für Grünbrücken und Wildkorridore.

8. Für naturnahe Flüsse

Umwelt. Zukunft. Wählen!
Wenn Sie mehr wissen wollen,
dann ist bund.net/wahlen eine gute
Adresse. Auf bund.net/wahlen können Sie
unseren Klimaexpress bestellen, unseren Newsletter abonnieren und –
ab Juni – prüfen, was die DirektkandidatInnen
in Ihrem Wahlkreis zu wichtigen
umweltpolitischen Fragen
meinen.

Flüsse und Auen gehören zu den artenreichsten und am stärksten gefährdeten Naturräumen. Für die Binnenschifffahrt wurden Lebensräume zerstört und die Hochwassergefahr vergrößert. Unsere Flüsse brauchen nicht mehr Beton, sondern eine Politik, die Flussauen als natürliche Überschwemmungsflächen mit großer Artenvielfalt wiederherstellt. Um dies zu erreichen, muss die Wasserstraßenverwaltung reformiert und zu einer Agentur für natürliche Flussgestaltung und ökologischen Hochwasserschutz werden. Die EU-Vorgaben zur Verbesserung des Zustands unserer Gewässer müssen unverzüglich umgesetzt und die Pläne für einen ökonomisch und ökologisch unsinnigen Saalekanal gestoppt werden.

9. Für den Schutz unserer Wälder

Umwelt. Zukunft. Spenden!
Große Unternehmen spenden große Summen, um die Politik in ihrem Interesse zu beeinflussen. Der BUND ist politisch unabhängig. Er bestreitet seine Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden der Bürgerinnen und Bürger. Jeder Euro hilft dem Natur- und Umweltschutz.

Viele unserer heimischen Wälder werden für kommerzielle Zwecke ausgeplündert und sind oft nur noch monotone Forste – keine Freude für unser Auge und die Natur. Nachhaltige Waldwirtschaft ist vielerorts in Vergessenheit geraten. Es ist Zeit, die Weichen für Wälder zu stellen, die diesen Namen verdienen, Wälder, die bedrohten Tieren und Pflanzen einen dauerhaft schützenden Lebensraum bieten. Dafür müssen in der nächsten Legislaturperiode fünf Prozent der Waldfläche aus jeder forstlichen Nutzung genommen werden. Besonders dringend ist dies zum Schutz von Europas alten Buchenwäldern, für die Deutschland als Hauptverbreitungsgebiet eine besondere Verantwortung trägt. In der nächsten Legislaturperiode muss ein wirksames Waldgesetz verabschiedet werden, das die naturnahe Bewirtschaftung der Wälder gewährleistet.

10. Für internationale Gerechtigkeit



Fast eine Milliarde Menschen hungert. Vielen fehlt es an sauberem Trinkwasser, an ausreichender medizinischer Versorgung und Bildung. Und die Armen trifft der Klimawandel schon heute am härtesten. Deutschland muss diese Länder beim Klimaschutz und bei Anpassung an den Klimawandel unterstützen und zusätzlich zu dem zugesagten Anteil von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Mittel für Entwicklungshilfe bereitstellen. Klimagerechtigkeit schaffen heißt: Die Industriestaaten müssen ihre CO₂-Emissionen drastisch reduzieren, damit Dürren, Hurrikans und Flutkatastrophen nicht weiter zunehmen. Um die Vernichtung von Urwäldern zu stoppen und die Preise für Grundnahrungsmittel in den armen Ländern nicht weiter in die Höhe zu treiben, ist die Beimischungsquote für Agrokraftstoffe abzuschaffen.